

SPD Queer im Norden fordert "Vielfalt im NDR Rundfunkstaatsvertrag ermöglichen!"

Die Nordländer Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein arbeiten gerade an einem neuen gemeinsamen Rundfunkstaatsvertrag. Das gibt dem Norden die Möglichkeit den Rundfunk für die Zukunft weiter gut aufzustellen. Diese Möglichkeit sollte genutzt werden, um auch die Zusammensetzung des Rundfunkrates zu betrachten und zu evaluieren, ob dieser noch die gesamte Gesellschaft in Ihrer Vielfalt widerspiegelt oder ob vielleicht eine Anpassung an das heute und jetzt möglich ist.

Diese wichtige Aufgabe sagt der aktuelle Staatsvertrag im §18 Abs. 1 heute schon aus.

„Der Rundfunkrat soll die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vertreten. Dabei berücksichtigt er die Vielfalt der Meinungen der Bürger und Bürgerinnen. Er wirkt darauf hin, dass der NDR seine Aufgabe nach diesem Staatsvertrag erfüllt, soweit dafür nicht der Verwaltungsrat zuständig ist.“

Um diese Aufgabe noch besser wahrnehmen zu können, ist es nicht nur wichtig, sondern vielmehr notwendig, diese Stimmen auch im Rundfunkrat aktiv dabei zu haben und damit die gesamte Vielfalt der Gesellschaft im Rundfunkrat des NDR abzubilden. Unsere Gesellschaft ist ständig im Wandel und verändert sich, daher muss sich auch der Rundfunkrat in seiner Zusammensetzung mit weiterentwickeln um seiner Aufgabe gerecht zu werden.

Gerne greifen wir da die Worte des Senator für Kultur und Medien in Hamburg, Carsten Brosda, auf, der in einer öffentlichen Stellungnahme sagt: „...natürlich geht es uns kulturpolitisch darum, Diskriminierung zu bekämpfen und die Vielfalt und Queerness unserer Gesellschaft auch in Film und Fernsehen besser und verständlich und sichtbar zu machen.“

Daher fordern wir, die SPDqueer in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die Überarbeitung des Rundfunkstaatsvertrages zu nutzen und die Zusammensetzung des Rundfunkrates an die Vielfältigkeit der Gesellschaft des Jahres 2021 anzupassen. Das bedeutet für uns § 17 Abs. 1 des NDR Rundfunkstaatsvertrages dahingehend zu ergänzen, dass für die LSBT*IQ-Community mindestens ein Sitz im Rundfunkrat des NDR geschaffen wird.

Dazu sagt Reno Banz, Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern: „Es muss heute und in Zukunft eine starke Stimme und einen festen Sitz für ein Mitglied der LSBT*IQ Community geben um die Belange von ca. 10 % der Gesellschaft in diesem wichtigen Gremium aktiv zu vertreten und einzubringen.“

Des Weiteren betont der stellv. Landesvorsitzende aus Hamburg Christian Fricke: „Es ist ein wichtiges und sichtbares Zeichen an die vielen Menschen die sich nicht als heterosexuell einordnen, dass sie als Teil der Gesellschaft akzeptiert und wahrgenommen werden.“

Maik Grill, Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein meint dazu: „Es wird dazu beitragen, dass es aus Unwissenheit nicht mehr zu einer vermeintlichen Diskriminierung von Menschen kommt, die nicht der heterosexuellen Orientierung oder dem binären Geschlechterbild entsprechen. Des Weiteren, wird es auf lange Sicht dazu beitragen, dass die Gesellschaft besser informiert ist und ohne Diskriminierung miteinander zusammenlebt.“

Florian Kusche, stellv. Vorsitzender der SPDqueer Bezirk Hannover plädiert an die Verantwortlichen in den vier Nordländern: „Bringen Sie den Rundfunkrat in das Heute und machen Sie ihn fit für die Zukunft, sodass sich die Vielfalt und Pluralität unserer Gesellschaft widerspiegelt und ihr dienlich sein kann.“